

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Nebenzeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierpfennig. — Einzelne Nummern
5 Pf. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitz.
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Inseratshälfte kostet
10 Pf., außerhalb des Kreis-
hauptmannschafts- 12 Pf., im anderen Teil des
Kreises 14 Pf. — Preis für eine
Reklame 20 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 279

Freitag den 1. Dezember 1922

88. Jahrgang

Kartoffelversorgung.

Die bei der Stadt bestellten Kartoffeln gelangen gegen vorherige Bezahlung (Rathaus, Zimmer Nr. 14) zur Ausgabe.
Stadt Rat Dippoldiswalde.

Verteiltes und Süßisches

Dippoldiswalde. Was ist denn heutzutage noch billig? hört man so oft fragen, und die Antwort darauf ist dann „Nichts“. Aber fehlgeschlagen, lieber Leser. Billig ist vor allem noch die Zeitung. Denn wenn auch die Weißeritz-Zeitung für Dezember frei ins Haus 400 M., bei Abholung 360 M. kostet, so ist das wenig gegenüber zum Belpi einem Pfund Margarine von 900 M. über 11 Einern von 600 M., deren Preis sie einst gleich hatte. Darum darf man wohl auch erwarten, dass das Publikum diesen billigen Preis anerkennt, der eingehalten wird, trotzdem das Zeitungendruckpapier jetzt 1117fach des Vorligpreises beträgt, trotzdem jetzt ein Waggons Zeitungendruckpapier 2345 050 M. statt einst 2100 M. beträgt.

Das Wohltätigkeitsfest, das der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein zum Besten der Kleinrentner am nächsten Sonnabend in der „Reichskrone“ veranstaltet, verspricht einen glänzenden Verlauf zu nehmen. Tel. Doris Walde, die beliebte Dresdner Konzertgängerin, die auch hier schon aufgetreten ist, wird verschiedene Lieder singen, ein Theaterstück wird zur Unterhaltung beitragen, und auch sonst sind noch verschiedene Vorführungen geplant, die sicher alle Anhang finden werden. Deshalb und vor allem im Interesse des guten Zweckes ist ein zahlreicher Besuch der Veranstaltung zu wünschen.

In der amtlichen Bekanntmachung über „Höchstpreise für Milch und Milchprodukte“ in Nr. 278 vom 30. 11. muss es unter II leste heißen: 175 M. je Pfund Quort (das Zeichen - steht) oder Wagerlök ab Molkerei oder Kärlerei.

Zum 1. Dezember werden, wie bereits gemeldet, bei der Reichsbahn schon wieder neue Tarifverhüllungen eintreten, und zwar werden die Gütertarife um 150 und die Personentarife um 100 Prozent erhöht. Mit dieser Erhöhung um 150 Prozent betragen die Gütertarife rund das 1680fache der Friedenssätze. Die Steigerung der Personentarife im Dezember macht das 9fache der Friedenssätze aus. Im Personentarif mußte, so heißt es in der amtlichen Begründung, aus sozialen und kulturellen Rücksichten die Tarife niedrig gehalten werden. Schon jetzt aber wird angekündigt, daß weitere Steigerungen, und zwar unter stärkerer Heranziehung der höheren Klassen, zum 1. Januar zu erwarten sind.

Den im Aufstande befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Geistlichen (diese, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrern, sowie ihren Hinterläufern werden die Versorgungsgebühren am Anfang Dezember in der ab 1. Oktober 1922 maßgebenden neuen Höhe überwiesen. Zugleich erhalten sie die Mehrbeiträge nachgezahlt, die sich gegenüber den am 30. September 1922 zuständigen Gebühren für die Monate Oktober und November ergeben. Für die Monate November und Dezember haben sich die Versorgungsgebühren zwischen weiter erhöht. Es wird angekündigt, die entsprechenden Nachzahlungsbeträge den Versorgungsberechtigten noch vor Weihnachten auf dem bisher üblichen Wege zu überweisen.

Eine vom Wirtschaftsministerium erlassene Verordnung gibt auch solchen Baufachleuten, die keine rechte Baufachausbildung genießen konnten und wollten, die aber die Kenntnisse und Fähigkeiten eines Bauführers zu haben glauben, Gelegenheit, sich prüfen zu lassen und das Reifezeugnis einer Staatsschule zu erwerben. Neuerdings wurde (wohl erstmals) an der Staatsschule in Zittau ein solcher durch Selbststudium vorgebildeter Baufachmann geprüft. Er hat seine Prüfung bestanden. Sie hat bestätigt, daß die oben erwähnte Verordnung prüfungstechnisch restlos befriedigend ist. Der Prüfling, 32 Jahre alt, war aus verschiedensten Verhältnissen hervorgegangen. Er hat seit Jahren aus eigenstem Antriebe mit offensichtlich grohem Fleiß und zäher Ausdauer an seiner Bildung gearbeitet. Seine Freude über die Ausbildung des Reifezeugnisses war deshalb auch besonders groß.

Es ist hier ein neuer Beweis erbracht, daß es für die Beurteilung der Tüchtigkeit und für den Aufstieg des Tüchtigen nicht darauf ankommt, wo er sich seine Kenntnisse erworben hat, sondern einzig und allein darauf, ob und in welchem Umfang er sie überaupt besitzt. Auf diesem Wege schafft man in der Praxis wirklich „freie Bahn dem Tüchtigen“.

Oelsa. Am vergangenen Freitag wurde hier in einer stark besuchten Versammlung christlich gesinner Eltern aus allen Kreisen des Ortes ein christlicher Elternverein zur Erhaltung des Religionsunterrichts und der christlichen Erziehung unserer Kinder in der Schule gegründet. Diese Gründung war ein Akt der Notwehr der Eltern gegen die religiösen Schulclasse des jüngsten sozialistischen Kultusministers und gegen die Absichten des schon vor langer Zeit unter Führung einiger Lehrer in Oelsa gegründeten weltlichen Schulvereins, der in Übereinstimmung mit der christlichfeindlichen Schulpolitik des Kultusministers die Absicht verfolgt, alles Christliche und Religiöse aus der Erziehung der Kinder auszuschalten und die weltliche Schule einzuführen. Die Versammelten zeigten den einmütigen Willen, die religiösen-christlichen Güter und Werke ihren Kindern zu erhalten und an der christlichen Erziehung ihrer Kinder auch in der Schule ganz entschieden festzuhalten. Der in dieser Versammlung gewählte Vorstand sieht sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Alois (1. Vorsitzender), Paul Menzer (2. Vorsitzender), Heinrich (Schriftführer), Reinhard (Kassierer), die Mütter Hulda Menzer, Liebezelt und Egler als Beisitzerinnen.

Kreischa. Der Sparhaushalt für Einlagen wird ab 1. Januar 1923 von 3% auf 4 Prozent erhöht. Der Versorgungsausschuss erhält Auftrag, Berechnungen über die finanzielle Auswirkung bei Einführung der kommunalen Totenbestattung aufzustellen. Das Gemeindeamt hat knapp 70 000 M. erhoben, trotzdem 150 Rentner Apfel und 30 Rentner Birnen zu 2,50 bzw. 1,50 M. pro Pfund an Einwohner verbilligt abgegeben wurden und sämtliche Almosenempfänger je 1/4 Rentner als Geschenk erhielten. Die beschlossene Ortsammlung für das hiesige nosleidende Alter

führt das Gemeinderatskollegium ohne Ausnahme selbst durch, nachdem die Leiberschaft die Vornahme ablehnte. Die Strafanwalten sollen 9 Uhr abends wieder ausgelöscht werden, um die hohen Beleuchtungskosten zu vermindern (dadurch spart die Gemeinde täglich 936 M.). Die Diakonissin, die bisher von der Diakonie Kreischa besoldet wurde, wird mit Lunginkrank, Rauch und Brünnelklaue als Gemeindeschwester angestellt. Die Gemeinden Gommla und Salda schlossen sich aus. Die Staatsbehörde mit 10 000 M. Justiz und Rentenempfänger der Invaliden- und Angestellten-Versicherung zur Zahlung angewiesen.

Dresden. Die zweitägigen Verhandlungen, die am Dienstag und Mittwoch zwischen den Vertretern der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei zwecks Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen stattfanden, sind geschlüsselt. Dieses Ergebnis war für jeden, der die kommunistische Seele kennt, und weiß, dass sie ihre Heimat in Moskau hat, und der nicht mit Scheuklappen herumläuft, voraussehbar. Nur die sächsische Sozialdemokratie hat es noch nicht begriffen, dass mit den kommunistischen Genossen ein erschreckliches, gemeinschaftliches Arbeits unmöglich ist, weil bei beiden der Appetit stets erst nach dem Essen kommt. Je mehr die Sozialdemokraten den Kommunisten entgegenkommen, desto höher schrauben diese ihre Forderungen. Und die USPD. hat es währendlich an Entgegenkommen gegen die bekannten Forderungen der Kommunisten durchaus nicht fehlen lassen. Sie kamen in die Verhandlung mit 10 Richtlinien, in denen sie u. a. folgendes geloben: Schutz der Republik mit allen geistlichen Mitteln, beschleunigte Neugestaltung der Gemeindeangelegenheiten und Reform der staatlichen Verwaltung. Erst eines Amnestiegelehrtes, Schaffung von Arbeitnehmerkammern, energische Entwicklung auf die Steuerpolitik des Reiches, entschiedene Verbesserung der Verarbeitung der Produktionsmittel und des Warenaustausches, Förderung des Wohnungsbaus auf gemeinschaftlicher Grundlage, Bekämpfung des Wuchers, Trennung von Kirche und Staat und Reform des gesamten Schulwesens. Schon am ersten Verhandlungstage trat die grundlässliche Meinungsverschiedenheit darin zutage, dass die Sozialdemokraten sich bereit erklärt haben, alle im Rahmen der Reichs- und Landesverfassung liegenden Machtmittel anzuwenden, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, während die kommunistischen Vertreter auch solche Forderungen vertraten, die durch den Appell an die Arbeiterschaft gegen das Reich durchgesetzt werden müssen. Diese grandfährliche Auffassung trat, wie das Dresdner sozialistische Organ hervorhebt, besonders scharf bei der kommunistischen Forderung nach sofortiger Einziehung der Steuern bei den Besitzenden und Ausschreibung einer Zwangsanleihe in Höhe von 30 Prozent der Vermögen, sowie bei dem Verlangen, den Betriebsräten alle für das Proletariat wichtigen Gesetze vorzulegen, zutage. Die kommunistische Partei ließ gleich zu Beginn der Verhandlungen durch ihren Vorsitzenden Böttcher erklären, dass sie keineswegs gewillt sei, mit einem oder zwei Ministern in den Besitzenden und Ausschreibung einer Zwangsanleihe in Höhe von 30 Prozent der Vermögen, sowie bei dem Verlangen, den Betriebsräten alle für das Proletariat wichtigen Gesetze vorzulegen, zutage. Die kommunistische Partei ließ gleich zu Beginn der Verhandlungen durch ihren Vorsitzenden Böttcher erklären, dass sie keineswegs gewillt sei, mit einem oder zwei Ministern in den Besitzenden und Ausschreibung einer Zwangs-

burg, noch mit einem anderen Museum der Umgebung in einen unerwünschten und unfruchtbaren Wettkampf treten.

Molau. Bei den Stadtvorordnetenwahlen erhielten die Sozialdemokraten 2436 und die rechtsliegenden Parteien 1727 Stimmen. Die Sozialdemokraten werden somit acht und die Bürgerlichen sechs Sitze im Stadtparlament erhalten.

Klingenthal. Die Stadtverordneten beschlossen, die Preise für elektrischen Strom für Licht auf 80 M. und für Kraft auf 60 Mark festzulegen. Endgültig sollten die Preise erst im zweiten Drittel des November festgelegt werden. Dem Vorschlag, den Lichtstrom für November auf 100 M. und für Kraftstrom auf 80 M. heraufzusetzen, wurde zugestimmt. Für Dezember ist ein Preis von 150 bzw. 105 M. vorgesehen. Der Anschaffung von 50 Gasmetern für insgesamt 372 600 M. wurde ebenfalls zugestimmt.

Plauen i. S. Von einem Polizeibeamten wurde in den Abendstunden der letzten Tage ein Bauarbeiter übertragen, der aus einem Neubau an der Ecke der Hofmann- und Senefelderstraße eine Anzahl Dielenbretter im Werte von 25 000 M. gestohlen hatte und gerade im Begriff war, das freie Eigentum auf einem bereitgestellten Wagen wegzuschaffen. Der Uneheliche gab an, dass er die Ablicht gehabt habe, die Bretter zu verkaufen. Daraus wurde nun nichts; die Bretter mußte der Dieb wieder abladen; darauf wurden seine Personallen festgestellt. Dabei ergab sich, dass es sich um denselben Bauarbeiter handelte, der schon vor einigen Wochen aus einem Neubau an der Gustav-Wobitzsche Dielenbretter gestohlen hatte, hinterher aber erwischt worden war.

Aus Stadt und Land.

** 61,6 Milliarden neue Banknoten. In der dritten Novemberwoche haben sich bei der Reichsbank die Wississe an papiernen Zahlungsmitteln in fast unveränderter Stärke fortgesetzt. Der Banknotenumlauf ist weiter um 61,6 Milliarden Mark gestiegen.

** Kommunistische Ausschreitungen in der Provinz Hannover. Auf dem Viehhof in Wunstorff waren von den Kommunisten Kontrollausschüsse eingerichtet worden, die einen ungezüglichen Einfluss auf die Preisgestaltung erstreben, die jedoch vom Magistrat wiederholt abgelehnt wurden. Doch wollte der Magistrat entgegenkommend eine Preisüberwachungsstelle, zusammengesetzt aus verschiedenen wirtschaftlichen und berufstätigen Personen, einsetzen, um der ausgesprochenen Wucher zu unterbinden. Die Kommunisten gaben sich aber hiermit nicht zufrieden, drangen in das Rathaus ein und zwangen den Magistrat zu einer entsprechenden Unterschrift. Der Regierungspräsident erklärte jedoch die erzwungene Unterschrift des Magistrats für ungültig. Darauf kam es seitens der Kommunisten zu großen Ausschreitungen, bei denen auf dem Schlachtwiehhof 150 Schweine gestochen und eine Anzahl zur Hälfte des üblichen Preises verkauft wurden. Der Oberstaatsanwalt von Hannover hat sich in Begleitung von Landjägern und Schuhbeamten nach Wunstorff begeben, um den Vorfall aufzuklären.

** Verhaftung von Denkmalschändern. Die Weißenfelser Kriminalpolizei verhaftete in Raumburg den Schuhmacher Kübler, den Arbeiter Echstein und den Porzellandreher Schmidtke, als sie versuchten, Metallteile, die sie unlängst vom Bismarckdenkmal auf der Rudelsburg abmeißelten, zu verkaufen.

** Vernichtung von Erntevorräten. In der Nähe des Schlosses Jettenbach bei Mühldorf a. J. ist eine Scheune mit Erntevorräten im Werte von 18 Millionen Mark niedergebrannt. — In Mühlthal bei Darching (Bayern) äscherte ein Großfeuer im Sägewerk Draedmüller die Schneidhäuse, die Mahlmühle und Teile des Maschinenhauses und des Elektroantriebs sowie 300 Zentner Mehl und große Getreidevorräte ein. Man vermutet Brandstiftung.

** Verbot von Tanz und Branntweinanschank. Preußen beschließt ein allgemeines Verbot des Tanzes beim 5 Uhr-Tee sowie in den Kurz- und Schlemmer-Gaststätten. Für das ganze Reich wird eine Neuordnung des Schankwesens insofern geplant, als abends Branntwein nicht mehr ausgeschankt werden darf.

** Der Silberraub im Sonderhauser Schloss. Im Zusammenhang mit dem schweren Einbruch in die fürstliche Silberkammer im Schloss Sonderhausen war fürstlich gemeldet worden, dass der Hofmarschall v. Haleim verhaftet worden sei. Von einer Verhaftung des Hofmarschalls v. Haleim kann jedoch nicht die Rede sein. Herr v. Haleim ist nur in Sachen des Einbruches in die fürstliche Silberkammer amlich vernommen und nach Beendigung der Vernehmung so gleich entlassen worden.

* Die Wachstuchfabrik von Staempf in Rosenhain ist durch ein Großfeuer eingäschert worden.

* Auf den Höhen des Schwarzwaldes liegt der Schnee bereits über einen Meter hoch.